



Foto: Klaus-Peter Wittemann

KEYNOTE

Arbeiten im schlanken Staat Zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und kollektiver Überforderung

Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja

Direktorin | Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) e.V. an der Universität Göttingen

Termin: Dienstag, 3.9.2019 • 12:30-12:50 Uhr

Raum: HS 5

Der Ausbildungskongress der Bundeswehr widmet sich hochrelevanten Fragen: Welche Erwartungen stellen wir als BürgerInnen an die Funktionalität gesellschaftlicher Institutionen? Und wer ist heute angesichts von gesellschaftlicher Prosperität und fortschreitender Individualisierung von Bedürfnislagen, Freizeitoptionen und Lebensmodellen noch bereit, Schicht zu arbeiten, sich vollständig überwachen zu lassen sowie Leib und Leben aufs Spiel zu setzen?

Dennoch greifen diese Fragen insofern zu kurz, als die Fokussierung auf Erwartungen und Haltungen von NutzerInnen und (potentiellen) ErbringerInnen öffentlicher Dienstleistungen den Blick auf strukturelle Veränderungen und Probleme des „arbeitenden Staates“ verstellt. Letztere stehen im Mittelpunkt des hier skizzierten Beitrages.

Argumentiert wird zum einen, dass die öffentlichen Dienste als besonderer Teil der Arbeitswelt spätestens seit den 1980er Jahren in zweierlei Hinsicht ihren Charakter verändert haben: Zugunsten eines „schlanken Staates“ wurden die öffentliche Verwaltung, das öffentliche Gesundheitswesen, der öffentliche Brief- und Personenverkehr usw. systematisch zurückgebaut. Privatisierung und Arbeitsplatzabbau sorgten dafür, dass zentrale staatliche Funktionen in zunehmendem Maße nicht mehr durch staatliche Einrichtungen erledigt werden. Im Zuge dieser Entwicklung wurde zudem immer konsequenter darauf verzichtet, den öffentlichen Dienst als beschäftigungspolitisches Instrument zu nutzen, um Arbeitsplätze für benachteiligte Beschäftigtengruppen (etwa: Frauen, MigrantInnen oder gering Qualifizierte) zu schaffen. Damit wird der Staat (in Deutschland, aber auch in vielen anderen hochentwickelten Ländern) seiner gesellschaftlichen Verantwortung immer weniger gerecht – Folge ist die Zunahme sozialer Ungleichheit in verschiedenen Dimensionen.

Zum anderen spiegeln sich in der Entwicklung von öffentlichen Diensten eine Reihe von übergreifenden Veränderungen der Arbeitswelt wieder, die üblicherweise als Entgrenzung, Prekarisierung und focierte Rationalisierung beschrieben werden. Diese machen es zunehmend schwieriger, Erwerbsarbeit mit sozialer Absicherung, mit der nachhaltigen Reproduktion von Arbeitskraft (etwa in Form von Erholung oder familiärer Verantwortung), mit einer langfristigen Lebensplanung sowie mit der Einhaltung professioneller Standards in Einklang zu bringen.

Um die Frage zu beantworten, wie eine „(Aus)Bildung für Einsatzkräfte der Zukunft“ aussehen müsste, sind daher (speziell in Zeiten der Austeritätspolitik) grundsätzliche Fragen zu stellen, die weit über den Bereich individueller Arbeitshaltung und Leistungsbereitschaft hinausgehen: Wie viel öffentliche Dienste braucht das Land – und was darf das kosten? Welche Qualität von öffentlichen Diensten ist erforderlich – und wie müssen Arbeitsbedingungen aussehen, die es erlauben, sie zu gewährleisten? Und schließlich: wer entscheidet?